

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Telefon: 292 - 202
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Telefon: 292 - 202

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hindenburg statt Majorität.

Die Pläne der Deutschnationalen.

Es hat diesmal etwas lange gedauert, bis die Nachrichten über die geheimen Pläne der Deutschnationalen in die Öffentlichkeit durchsickerten; jetzt sind sie vom „Demokratischen Zeitungsdienst“ in einer Form wiedergegeben worden, die im wesentlichen den Tatsachen entspricht.

Die Rechte will im Reich regieren, sie hat aber keine Mehrheit, solange das Zentrum sich ihr verweigert. Was liegt nun der Rechte ihrer ganzen Verfassung nach näher, als die Anwendung des alten Rezeptes: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“?

Auf der Rechten rechnete man schon offenbar damit, daß das Zentrum sich der Autorität des Reichspräsidenten beugen und jede von ihm ernannte Regierung zunächst wenigstens tolerieren würde.

Das Gerücht von einer Anwendung des Art. 48 der Verfassung liegt ganz in dieser Richtung. Jetzt von Art. 48 sprechen, heißt zu einer Verletzung der Verfassung ermuntern.

Konstand erst künstlich schaffen wollte, um dann den Art. 48 auf ihn anzuwenden. Außerdem aber muß jede Verordnung, die auf Grund dieses Artikels erlassen wird, sofort wieder aufgehoben werden, wenn der Reichstag es verlangt.

Die Rechte erkennt indirekt selbst an, daß bei der bestehenden Rechtslage der Reichstag der stärkere Teil ist. Deshalb ruft ihre Presse unausgesetzt nach einer Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten.

Wie immer man die Sache auch dreht und wendet, immer wieder zeigt sich, daß der Reichspräsident nicht in der Lage ist, dem Reichstag eine Regierung aufzuzwingen, die er nicht will.

Dem Geist der Verfassung entspricht es, wenn der Reichspräsident die Stimmung des Reichstages erkundet und dann die neue Regierung so zu gestalten versucht, daß eine gezielte Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Parlament zu erwarten ist.

Die Sachsenkrise.

Vor der dritten Ministerpräsidentenwahl. — Die Entscheidung bei den Altsozialisten.

Von Richard Lipinski.

Am 4. Januar 1924, zwei Tage vor der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratischen Partei schlossen 23 sozialdemokratische Abgeordnete gegen den Willen der sächsischen Parteiorganisation mit Demokraten und Deutscher Volkspartei die Große Koalition und hielten sie später auch gegen den Willen des Parteivorstandes und des Heidelberger Parteitagess aufrecht.

Die Abspaltung der Altsozialisten hatte die Sozialdemokratische Partei bei der Landtagswahl zu einem Dreifrontenkrieg gezwungen — gegen Bürgertum, Altsozialisten und Kommunisten. Das Ergebnis der Wahl war ein Verlust von 10 sozialistischen Mandaten und eine Atomisierung der bürgerlichen Parteien.

Die Abspaltung der Altsozialisten hatte die Sozialdemokratische Partei bei der Landtagswahl zu einem Dreifrontenkrieg gezwungen — gegen Bürgertum, Altsozialisten und Kommunisten. Das Ergebnis der Wahl war ein Verlust von 10 sozialistischen Mandaten und eine Atomisierung der bürgerlichen Parteien.

Es entstanden außerdem vier Splitterparteien: Altsozialisten (4 Mandate), Demokraten (5), Aufwärtler (4) und Nationalsozialisten (2).

Der Landtag setzt sich wie folgt zusammen: Sozialdemokraten 31 (41), Kommunisten 14 (9), Altsozialisten 4 (—), Demokraten 5 (8), Deutsche Volkspartei 12 (19), Deutschnationale 14 (19), Wirtschaftspartei 10 (—), Aufwärtlerpartei 4 (—), Nationalsozialisten 2 (—), zusammen 96.

Diese Zersplitterung der Parteien erklärt die Schwierigkeiten der Ministerpräsidentenwahl. Nach der sächsischen Verfassung muß die Regierung nach der Wahl zurücktreten und neu gebildet werden.

Die Abspaltung der Altsozialisten hatte die Sozialdemokratische Partei bei der Landtagswahl zu einem Dreifrontenkrieg gezwungen — gegen Bürgertum, Altsozialisten und Kommunisten. Das Ergebnis der Wahl war ein Verlust von 10 sozialistischen Mandaten und eine Atomisierung der bürgerlichen Parteien.

Was ist das Ziel dieser Skandalösen, den Parlamentarismus diskreditierenden Verschleppung der Wahl? Die Deutsche Volkspartei will, wie im Reich, den Bürgerblock, den sie ohne die Altsozialisten nicht erreichen kann.

Die Altsozialisten und die Demokraten erstreben die Große Koalition. Da diese ohne die Sozialdemokratische Partei nicht möglich ist, hoffen sie, daß der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf die sächsische Partei einwirken wird.

*) Wir zählen den früheren Besitzstand nicht, weil die Partei sich erst kurz vor den Wahlen gebildet hat.

Zubeils letzte Fahrt.

Einäschung am nächsten Montag.

Die Leiche des gestern verstorbenen Genossen Fritz Zubeil wird am Montag, den 3. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße eingäschert werden.

Der Staatssekretär der Reichsanleihe, Dr. Guender, hat der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei zum Hinscheiden des Abg. Zubeil im Namen des abwesenden Herrn Reichsanzeigers telegraphisch die aufrichtigste Teilnahme ausgesprochen.

Vergleich zwischen dem Reich und Junkers.

Zustimmung des Reichskabinetts.

Die Abmachungen zwischen den maßgebenden behördlichen Stellen und den Junkers-Werken über das Ende der Reichsbeteiligung an den Dessauer Flugzeugwerken sind jetzt vom Reichskabinetts gebilligt worden.

Rüstungsheke in Amerika.

Gegen den Abrüstungsvertrag von Washington.

New York, 28. Dezember. (W.B.) Der Vorsitzende des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, Butler, forderte in einer Rede, daß die Vereinigten Staaten eine neue Flotte erhalten sollten.

Vor wenigen Tagen erst berichteten wir von Vorstößen in den Vereinigten Staaten gegen die Unterzeichnung des Gasriegelverbotes. Jetzt steigert sich die reaktionäre Welle zu einem offenen Angriff gegen die bisher unbestrittenen Abrüstungsvereinbarungen von Washington.

die Abrüstung zur See weiter fortzuführen oder aber mit den Vereinigten Staaten einen Rüstungswettkampf zu beginnen. Immerhin wird die amerikanische Rüstungskampagne in England bereits mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Sollte England durch die Drohung mit dem amerikanischen Flottenprogramm dazu bereit werden, Rüstungskonzeptionen zu machen, so wäre das ein Ergebnis, das den amerikanischen Rüstungstreibern allerdings fern genug liegt.

Süd- und Mittelamerika in Aengsten.

Vor den Eingriffen der Vereinigten Staaten.

London, 28. Dezember. (W.B.) Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, alle zentral- und südamerikanischen Vertreter in Washington, mit denen er über die Landung amerikanischer Seestreitkräfte in Nicaragua gesprochen habe, hätten den Schritt der Vereinigten Staaten als „einen Fehler ersten Ranges“ bezeichnet.

Auch der Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, daß die Befanden der zentralamerikanischen Republiken in Washington besorgt seien und die Ansicht verträten, daß die Vereinigten Staaten sich anstößten, wenn nicht dem Namen nach, so doch tatsächlich ein Protektorat über ganz Zentralamerika zu erlangen.

Ein Faschistenurteil in Litauen.

Vier Kommunisten zum Tode verurteilt und begnadigt.

Riga, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die litauische Regierung teilt amtlich mit, daß vier kommunistische Führer in einer außerordentlichen Sitzung des Kriegsgerichtes wegen angeblicher Vorbereitung eines Putsches zum Tode verurteilt wurden.

Landbündammerung auch in Ostpreußen. Die als Gegner des Landbundes seit mehreren Jahren existierenden einzelnen bäuerlichen und Kleinbäuerlichen Verbände, zwischen denen zum Teil keine einheitliche Auffassung über die Ziele einer fortschrittlichen Bauernpolitik bestand, haben sich vor kurzem zusammen an den Verhandlungstisch gesetzt.

Die Missozialisten wollen keine Regierung unterstützen, die von der KPD abhängig ist. Der Kandidat Fleißner paßt ihnen nicht. Es ist politisch töricht, eine wichtige politische Frage von einer Personenfrage abhängig zu machen.

Die Deutsche Volkspartei lehnt eine Große Koalition mit den Linkssozialisten ab und begegnet sich in der Abneigung mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Für die Sozialdemokratische Partei Sachsens ist die Große Koalition unmöglich. Ganz abgesehen, daß hierfür der Partner fehlt, für die Ablehnung kommen folgende Grundanschauungen in Betracht.

Im Gegensatz zum Obrigkeitstaat soll in der Republik die Staatsgewalt vom Volke ausgehen. Das Volk kann aber die Staatsgewalt in einer Republik nur dann ausüben, wenn es auch den Staatsapparat voll beherrscht und auf breiter Grundlage im Staat und in der Gemeinde mitwirkt. Der Ministerposten macht es allein nicht. Deshalb hatte die sozialistische Regierung Sachsens unter Buch-Hiplinski Sozialisten in leitende und entscheidende Stellen — Ministerialdirektoren, Ministerialräte, Kreishauptleute, Amtshauptleute und Polizeipräsidenten — berufen. So wurde die Personalabteilung des Innenministeriums mit einem sozialistischen Ministerialdirektor und mit sozialistischen Referenten besetzt, um einen Ueberblick über die etwa 25 000 Beamten der inneren Verwaltung zu gewinnen. Das hatte den Jörn der höheren Beamten erregt und sie führten öffentlich Krieg gegen den Minister; sie wollten in der Personalpolitik mitbestimmen. Das Zeigner-Kabinett setzte die Personalpolitik des Buch-Kabinetts fort und vollendete die infolge der Auflösung des Landtags liegende Gemeindeordnung. Sie zerbrach den Einfluß der Bureaucratie und dehnte die Selbstverwaltung der Gemeinden bis zu der Grenze aus, daß noch der Zusammenhang mit dem Staatsganzen gewahrt wurde. Die Gemeindeordnung war ein Riesenschritt für die Festigung und Ausbreitung der Demokratie im Staate und in der Gemeinde. Die Demokratie war auf die breiteste Grundlage gestellt als vordem.

Die im Jahre 1924 geschaffene Große Koalition hat diese Pfeiler der Demokratie gestürzt. In den Ministerien wurden die Sozialdemokraten fast restlos entfernt, das Personalwesen wurde Deutschnationalen und Volksparteikern übertragen. Die Beamtenbureaucratie wurde wieder restlos hergestellt. Früher entlassene Beamte, die den sozialistischen Minister öffentlich bekämpft hatten, wurden wieder eingestellt und befördert. Sozialistische Amtshauptleute und ein Polizeipräsident wurden entlassen und durch bürgerliche ersetzt. Die politischen Staatsanwälte wurden entfernt, hohe Richterstellen mit Deutschnationalen besetzt.

Die Gemeindeordnung, die noch nicht ein Jahr in Kraft war, wurde durch eine Novelle geändert, die fast völlig die früheren Rechte des Ratskollegiums gegenüber den Stadtverordneten herstellte, d. h. der Bureaucratie in den Gemeinden wieder zum entscheidenden Einfluß verhalf und die Selbstverwaltung der Gemeinden durch die Erweiterung der Staatsaufsicht einschränkte.

Die Bureaucratie des monarchistischen Staates ist auf der ganzen Linie nach dem Diktat der Deutschen Volkspartei wieder — in der Republik! — in den Sattel gehoben worden. Von der Volkspartei, die die Ministerkabinetts in Sachsen herbeigeführt hat.

Eine neue Regierung kann nur das Vertrauen des Volkes, der arbeitenden Klasse, wiedergewinnen, wenn sie imstande ist, die durch die Große Koalition geschaffenen Zustände zu beseitigen. Eine Große Koalition aber würde die Stabilisierung dieser Zustände bedingen. Würde die sozialdemokratische Fraktion auf solche Bedingungen eingehen und in eine Regierung der Großen Koalition eintreten, ohne in der Lage zu sein, an diesen Zuständen etwas zu ändern, so würde sie die Partei und die Arbeitermassen enttäuschen und auf lange Zeit das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren.

In einem Lande mit parlamentarischer Tradition wäre es selbstverständlich, daß, wenn keine Partei eine Mehrheit der Wähler hinter sich hat, die stärkste Partei die Regierung übernimmt, wie das Beispiel der MacDonald-Regierung in England zeigt. Wenn die Missozialisten das Heidelberger Programm nicht bloß als Aushängeschild benutzen wollen, dann müssen sie sich für die Republik entscheiden.

Ein Bündnis der Sozialdemokratie mit einer anderen Partei oder eine Unterhandlung ist ausgeschlossen, denn es ist keine Partei da, mit der sich eine Mehrheit bilden ließe und die Verhandlung mit einer der Splitterparteien würde den Wegfall der Unterstützung anderer Parteien nach sich ziehen.

Die Demokraten sind bei der letzten Wahl fast zerrieben worden. Von 22 im Jahre 1919 sind sie auf 5 Mandate gesunken. Sie sind die eigentlichen Schuldigen für die sächsische Krise seit 1923. Obgleich sie sachlich den Standpunkt der sozialistischen Regierung teilten, haben sie die Regierung Buch am 31. Januar 1923 dadurch gestürzt, daß sie für das kommunistische Mißtrauensvotum stimmten — ausschließlich aus dem egoistischen Grunde, schnell selbst zu Ministerposten zu gelangen. Sie stürzten auch die Fleißner-Regierung und der Lohn für ihre trostlose politische Kurzsichtigkeit ist der Wahlausgang. Eine Weimarer Koalition läßt sich wirklich mit fünf Demokraten in Sachsen nicht bilden.

Die Aufwärtler kommen nicht für eine Verhandlung in Betracht. Ihr Führer ist als Aildeutscher nationalsozialistischer als die Deutschnationalen. Und die Wirtschaftspartei ist nur eine Spielart der Deutschnationalen.

So ist kein Partner für eine sozialistische Regierung vorhanden. Sind die Missozialisten nicht selbstlos genug bei der nächsten Wahl für Fleißner zu stimmen, so bleibt nur die Auflösung dieses Landtags oder — der Bürgerblock. So schlimm und unerträglich es für die Arbeiterklasse wäre, der Tag der Abrechnung würde für den Bürgerblock und die Missozialisten eine schwere Niederlage von Dauer sein.

In dieser Lage wird von der Rechtspresse der unitarische Gedanke wieder stark in den Vordergrund gedrängt. Die Absichten sind durchsichtig. Die Sozialdemokratie ist stets für den unitarischen Gedanken eingetreten. Sie wollte mit der Kleinstaaterei in Deutschland aufräumen. Wenn ihr das nicht in Weimar gelang, so deshalb, weil die Fürsten 1815 die Einheit Deutschlands durch die Festigung der Kleinstaaterei verhinderten, um ihre eigene Hausmacht zu befestigen. Dieser Fluch lastete noch bei der Schaffung der Weimarer Verfassung auf Deutschland. Es gelang nicht, die Kleinstaaterei zu beseitigen, weil Bayern dagegen Einspruch erhob. Der Anschluß Sachsens an einen anderen Staat in diesem Augenblick würde an dem Ländercharakter Deutschlands nichts ändern, sondern nur eine Größenverschiebung herbeiführen. Man führe die Aufteilung Deutschlands nach Wirtschaftsgebieten durch, wie es die Weimarer Verfassung vorsieht, dann mag auch Sachsen mit verschwinden.

Fromme Wünsche.

Herr Tänzler auf Erkundung in Amerika.

Der pensionierte Syndikus der Arbeitgebervereingung Dr. Tänzler reist in Amerika und berichtet darüber im „Lokal-Anzeiger“. Er preist den „Wertgeist“, die „glückliche Mentalität“ der amerikanischen Arbeiter:

„In diesem Zusammenwirken, in diesem Geiste, alles aus dem Werte herauszuholen, was die Leistung nur irgend hergibt, liegt ein großer Teil des Geheimnisses, das die amerikanische Prosperität umgibt. Es war mir von besonderem Werte, daß der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften mir ausdrücklich versicherte, wie auch die Arbeit der amerikanischen Gewerkschaften in diesem Geiste vollziehe. Wen ich auch immer sprach, mochte er ein Mitglied der Unions sein oder nicht, überall trat mir

das Wunderbare: der kleine Schauspieler, eingeordnet in einen neuen Wirkungskreis, wissend um die neuen Gehege, denen er unterworfen ist, einverstanden mit der bescheidenen Wertung, die er gegenüber den großen Kollegen erfährt. — — der kleine Schauspieler kippi plötzlich um, wenn er ein Wort aus seiner Vergangenheit, wie das von „Schweinsterk“ hört, das ihm zum Stützwort in seiner Lebensrolle wurde. Er höst dann alles rund um sich beiseite: diese Wirklichkeit der Puppe und Weinwand, diese Wahrheit der Schauspielergröße des anderen, und bricht hinüber in das Unwirkliche seiner vergangenen Kasernenhofhaltung, in der er die „Schweinsterk“ ausstellte und wo der andere sie einstecken mußte, und hält dies für die einzige Wahrsichtigkeit.

Seltene Verehrung aller Vorzeichen! Gespensischer Spuk in Herzentiefen! Phantastischer Wirbelwind der Begriffe! Flammengesährliches Remetzel einer noch immer herumgerissten Kasernengestaltung!

Herr v. Retto ist nach seinem Wunsch von seiner Rolle befreit worden und braucht sich von dem Schauspieler Werner Krauß nicht als „Schweinsterk“ titulieren lassen. Wehe, wenn die Schauspieler v. Retto wieder zu Rittmeistern würden! Sie dächten gewiß nicht daran, uns auf so leichte Art von unseren „Schweinsterk“-Rollen zu entbinden.

Ein neues Vorstadttheater. Nach alter Lieberlieferung spielen bekanntlich im Sommer manche Theater unter dem Titel „Sommergastspiel“ wertlose Stücke. Herrn Direktor Kuhneri gehört das Verdienst, an diesem geistigen Brauch gerüttelt zu haben. Er bringt schon im Winter, mitten in der Saison, eine alberne Komödie heraus, und zwar im Theater am Rollendorfsplatz. Die leicht bekleidete Adèle von einem bekannten Schwanzfabrikanten, der sich hinter dem Pseudonym Walter Heim verbirgt. Bei dem Titel spielt man sich auf eine leise Sache, auf das lockere Erzeugnis einer leicht geschürzten Muse, auf jeden Fall auf etwas Lustiges. Leider verwirklichen sich solche Hoffnungen nicht. Die Komödie des Schwanzs ist zum Weinen. Dem Herrn Walter Heim ist tatsächlich nichts weiter eingefallen als eine Variation der alten, tausendmal behandelten Geschichte von dem Pantoffelhelden aus der Provinz, der in der Großstadt über die Stränge schlägt und deshalb zu Hause von einer Verlegenheit in die andere gelagt wird. Im ersten Bild lacht man noch. Max Adalbert gerät in angefaulsten Zustände in ein falsches Hotelzimmer, legt sich aus und legt sich ins Bett, als plötzlich Adèle eintritt, sehr leicht bekleidet, da sie aus dem anstehenden Badezimmer kommt. Was folgt, ist unbeschreiblich. Der Verfasser geniert sich nicht, die ältesten Pöbeln, ein fälschendes Fittlerwogenpaar, seitenpringende Mitglieder eines Bundes für eheliche Treue und was sich sonst im Bestand alberner Schwanzkomik vorfindet, zu bringen. Es ist traurig, daß für Max Adalbert keine vernünftige Aufgabe da ist. Er sagt: „Ich weiß nicht, mir fullern heute die Worte so raus“ und es ist aller Ehren wert, wie dieser unvergleichliche Komiker mit Wortverdrehungen und lustigen Ertempores die verfahrenen Sache zu retten sucht. Aber es ist alles vergebens. Wer sich einen verlorenen Abend schaffen will, der gehe ins Theater am Rollendorfsplatz. Dgr.

als natürliche Selbstverständlichkeit die Auffassung entgegen, daß der Bezahlung des Lohnes auch die Hergabe der vollen Kraft des Arbeiters entsprechen müsse.“

Ueber das wahre „Geheimnis“ geht Herr Tänzler mit einem Satz hinweg:

„Die Frage der hohen Löhne gewinnt daraus eine unmittelbare Beantwortung, und man braucht sich nicht das Hirn mit tiefgründiger volkswirtschaftlicher Weisheit zu zermürben, ob hohe Löhne ein Fallen der Preise verursachen, die Preispolitik der Wirtschaft ermöglicht es eben, dem Arbeiter so hohe Löhne zu zahlen, wie sie ihm auch der deutsche Arbeitgeber wünscht.“

Ja, da liegt schon der Unterschied: der deutsche Arbeitgeber wünscht dem Arbeiter hohe Löhne, der amerikanische aber zahlt sie ihm. Dabei liegt im ersten Teil des Satzes noch eine Beschönigung. Es ist gerade die Mentalität der deutschen Scharfmacher, daß sie dem Arbeiter hohe Löhne nicht einmal wünschen, aus Klassenüberheblichkeit und borniertem Kraftengrößenwahn.

Wirtschaftspartei.

Wenn Mittelhändler unter sich sind.

Die Wirtschaftspartei ist das Sammelbecken des kleinsten und kleinsten Berufssozialismus, die Partei jenes kurzfristigen unpolitischen Mittelstandes, der nicht über die Grenze seiner engsten Interessen hinaus auf die Notwendigkeiten des Ganzen zu sehen vermag. In der Zeit der Krise hat die Wirtschaftspartei aus diesen unpolitischen Kreisen festen Zuzug erhalten. Die Sachsenwahl hat es drastisch gezeigt. Diese „Partei“ aber ist in Wahrheit nur ein zusammenhangloses Gebilde sich durchkreuzender kleiner Interessen.

In Halle sprach der zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei Kolosser über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume. Er forderte die Gewerbetreibenden auf, dem Hausbesitz, der sich um die Wirtschaftspartei verdient gemacht habe, jetzt besonders zur Seite zu stehen, wo es um die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft gehe. Die Gewerbetreibenden aber sind in diesem Falle die Leidtragenden, sie wollen nicht der Willkür der Hausbesitzer ausgeliefert werden. Es erhob sich ein großer Sturm in der Versammlung. Herr Kolosser mußte hören, wie ihm zugerufen wurde: Ihr seid ja alle Vagabunden!

Ein nicht unberechtigtes Bild für den kleinsten Egoismus, der der Wirtschaftspartei das Gepräge gibt.

Espaniens neue Tanger-Offensive.

Frankreich lehnt Zugeständnisse ab.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Linkspresse protestiert lebhaft gegen den Artikel des Madrider „A-B-C“, den man als offiziöses von Primo de Rivera inspiriert glaubt, und in welchem der spanische Diktator von neuem die Frage von Tanger aufwirft und die Einverleibung dieser Stadt in das spanische Protektorat verlangt. Der Artikel hat hier um so mehr Aufsehen erregt, als das Blatt eine gleichzeitige Erklärung Alfons XIII. veröffentlicht, die die neue Forderung des Diktators zu unterstützen scheint. Die Blätter weisen hier darauf hin, daß diese Frage für Frankreich endgültig geregelt ist und daß man sich fragen müsse, ob nicht der spanische Diktator unter dem Einfluß von Mussolini genau wie vor einigen Monaten diese Frage wieder aufwerfe. Er werde aber auch diesmal damit keinen Erfolg haben.

Drummond bleibt Generalsekretär. Aus Genf werden englische Meldungen, daß der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, eine englische Botschaft erhalten werde, demontiert. Damit entfallen auch die daran geknüpften Kombinationen, die bereits Benech als seinen Nachfolger bezeichneten.

Der Kolonialminister im belgischen Kabinett, Pecher, ist gestorben. Pecher wurde erst vor einem Monat auf seinen Posten berufen.

Zweites Arbeiter-Sinfonie-Konzert in der Philharmonie. Es bleibt gewagt, nach Mozarts Jupiter-Sinfonie Arthur Honeggers „Pacific 231“ zu spielen, auch wenn eine Pause dazwischen liegt. Warum soll nicht ein Konzert Gegensätze vereinen? In diesem Falle sind sie aber zu groß. Bei der Honeggerschen Komposition handelt es sich um die Impression einer fahrenden Lokomotive, aber die Musik bleibt mehr im rein Beschreibenden stecken, als daß sie das Erlebnis des Zuges bringt. Vielleicht bietet eine Kombination von großem Orchester mit Jazzband in formaler, Beziehung eine Möglichkeit der musikalischen Lösung, aber die Musik muß sich von nur Beschreibenden Stoffe des Kolbens zu Instrumenten, allmählich aber, besonders zum Schluß hin, wächst die Komposition darüber hinaus und vermittelt tatsächlich den Eindruck und mehr noch das Erleben von etwas Dahinrastendem. Der Dirigent Joseph Horenstein zeigt sich als kongenialer Ausdeuter des Komponisten, als exakter Rhythmusmeister. Dieser Vortrag aber wird ihm bei Mozart und Richard Strauß verhängnisvoll. Er gibt hier zu scharfe Einsätze, läßt zu stark spielen, ist zu wenig gelöst und längerlich. Ueberhaupt geht Horenstein in der Gegenüberlichkeit der Tonstärke zu weit, für ihn gibt es pianissimo oder fortissimo, Uebergänge gelingen ihm weniger. Deshalb wirkte Mozarts Ruff mermwürdig kalt und hart. Das Konzert war gut besucht, der Beifall, besonders nach Honeggers Komposition, sehr stark. —t.

Temperaturanzeigende Farben. In den Laboratorien der amerikanischen General Electric Company ist es gelungen, Farben herzustellen, die sich bei Erwärmung verändern und die die ursprüngliche Lösung wieder annehmen, wenn eine Temperaturabnahme eingeleitet hat. Die Farben enthalten doppeltes Kupfer- und Quecksilber- oder doppeltes Silber- und Quecksilber-Iodid. Bei gewöhnlichen Temperaturen ist die erfgenannte Farbe leuchtendes Rot: sie wird dunkel schokoladenbraun bei einer Temperatur von etwa 70 Grad Celsius und vollkommen schwarz bei der Temperatur des kochenden Wassers. Sobald die Temperatur abnimmt, ändert sich die Farbe, durchläuft alle Schattierungen in rückläufiger Bewegung geordnet dem ersten Voraug und ist wieder leuchtend rot bei normaler Temperatur. Wird Silber- und quecksilberhaltiges Salz benutzt, so ist die Ausgangsfärbung ein Gelb, das sich bei einer Temperatur von etwa 70 Grad Celsius in ein hunkles Orange- oder Flegelrot verwandelt. Die neuen Farben eignen sich für Wellenlager und andere Maschinen, die leicht überhitzt werden oder warmlaufen können. Sehr wichtig erscheint aber auch ihre Verwendung als W-Verhaltensanzeiger bei Warmwasserbehältern, da ein kontrastierender Farbstreifen an der Außenwand des Behälters alle Wasserstandsänderungen anzeigen kann.

Ein Wörterbuch des Flugverkehrs. Das amerikanische Flugverkehrsamt hat ein Wörterbuch des Flugverkehrs zusammengestellt, das vieler Teile von der Regierungsdirektion in Washington herausgegeben wird. Schon seit 1923 besteht zwar ein solches Wörterbuch, es hat sich aber veraltet, da die Entwicklung des Flugwesens eine große Zahl neuer Ausdrücke gebracht hat. Die neue Ausgabe umfaßt nicht weniger als 2000 Worte, die hier einseitig in ihrem jetzigen Gebrauch definiert sind.

Der Rittmeister.

Von Hans Bauer.

Das ist nun wieder so eine Sache, wo einem die Wirklichkeit zuvorgekommen ist und dargehen hat, daß sie ihrer durch die Phantasie nicht spotten läßt. Das hätte längst erjunden werden müssen — — aber ehe es dies wurde, da passierte es. Nämlich, wie eine Berliner Zeitschrift berichtet, dies: Am Deutschen Theater zu Berlin ist ein ehemaliger Rittmeister, Herr v. Retto, als Schauspieler beschäftigt. Bei der Einstudierung des Reihardt v. Oselehenau wird ihm eine kleinere Rolle, die eines Wachtmeisters, zugewiesen, der vom General Oselehenau, den Werner Krauß darstellt, laut Legtbuch verschiedentlich heruntergeputzt werden muß. Eine Welle läßt Herr v. Retto auf der Probe die Oselehenau-Kraußsche Schimpfkanonade über sich ergehen. Dann wird es ihm zu viel, und er bittet den Regisseur um Suspension von seiner Rolle, da er, als ehemaliger Offizier, sich unmöglich von Herrn Krauß, der nicht einmal gedient habe, als Schweinsterk titulieren lassen könne. Bums.

Was sind die schönsten Vergleichen von Schein und Sein bei Brandello gegen diese blutige Zwiespältigkeit einer Seele, die Theater mit Wirklichkeit verwechselte, und die dies nur zuwege brachte, weil ihr der Theatercharakter ihrer vergangenen Wirklichkeit nie zum Bewußtsein gekommen war, und die die Theaterrolle eines Beschimpften als Demütigung ihrer Person empfand, weil sie die verstrichene Wirklichkeitrolle eines Beschimpften als Erhöhung empfunden hatte.

Es ist häßlich geschimpft worden auf den Kasernenhöfen — und, während des Krieges, wahrlich nicht nur auf ihnen. Es gehörte zum Handwerk der Offiziere, daß sie, gegenüber den Ruschkoten, über den rechten Wortschlag verfügten, der keineswegs im „Schweinsterk“ seine obere Schmelzpunktsgrenze hatte. Es ist geschimpft worden auf jeglichen Untergebenen, und kein Rittmeister erkundigte sich vorher danach, ob dieser in Zivil dies oder jenes, ein Herr Ruske oder ein berühmter Schauspieler sei. Die Ruskes und die berühmten Schauspieler haben sich wenig aus den „Schweinsterken“ und dem, was weit darüber hinausging, gemacht. Sie mußten, daß solche Titulierungen keine Sache der Erkenntnis, sondern der Nachausübung waren, daß nicht die Klugen die Dummen kennzeichnen, sondern daß die von der Staatsmacht geschützten Epaukellen sich gegen die Epaukellenlosen austobten, und daß alles eine Uniformfrage war.

Nun, die Rittmeister haben ihre Uniformen ausgezogen, und die meisten von ihnen damit auch allen Glanz ihres Menschen. Manche sitzen im Konior oder schließen Versicherungen ab, manche handeln mit Zigaretten oder Brühwürsten, und gedankenlos wäre es, sie ob ihres ehelichen Gewerbes zu höhnen. Manche versuchen sich auch auf der Bühne und haben dann allen Grund, von den Größen des neuen Berufes zu lernen. Aber da vollzieht sich nun

Um die Autonomie Elsaß-Lothringens. Scharfe Gegenfälle in der Liga für Menschenrechte.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die „Französische Liga für Menschenrechte“ beschäftigte sich auf ihrem diesjährigen Weihnachtskongress in Reims besonders mit der Elsaß-Lothringischen Frage. Berichterstatter war der Elässer und Sozialist Grumbach, der in einem langen Vortrag sich über die ganzen verwickelten Fragen des Verwaltungssystems im übrigen Frankreich und von der in erster Linie daraus abzuleitenden Autonomistenbewegung erging. Der Bericht Grumbachs war sehr optimistisch gehalten. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Oppositionsbewegung eine Stütze im elsaßlichen Merkantilismus habe, kam der Redner zu dem Schluß, daß nur eine schnelle Verbindung der Verwaltung von Elsaß-Lothringen mit der übrigen Frankreich der Autonomistenbewegung die Spitze abbrechen könne. Jede Schwächlichkeit Frankreichs auf diesem Gebiet wäre ebenso in französischem, wie im Interesse des Weltfriedens schädlich; denn eine Rinderheulenfrage in internationalem Sinne gäbe es in Elsaß-Lothringen nicht. Nichts wäre nach Ansicht des Berichterstatters gefährlicher als irgendein Entgegenkommen auf verwaltungstechnischem Gebiet, der Autonomistenbewegung Vorschub zu leisten.

Mehrere Redner widersprachen den sozialistischen Ausführungen auf das heftigste; viele teilten die Auffassung Grumbachs über die Autonomistenbewegung in Elsaß-Lothringen nicht. Speziell Weil wies darauf hin, daß diese Bewegung sofort mit der Rückkehr der Verwaltung der lothringischen Provinzen an Frankreich im Jahre 1918 eingestrichelt habe, daß diese Bewegung also keineswegs als Reaktion gegen das Linksregime in Frankreich nach den Wahlen vom 11. Mai angesehen werden dürfe. Es sei also falsch, den elsaßlichen Merkantilismus allein für die Autonomistenbewegung verantwortlich machen zu wollen. Sie habe ohne Zweifel viel tiefere, teils kulturelle Gründe, denen Frankreich nicht entgegenzutreten, sondern denen es Rechnung tragen müsse. Der Redner forderte dann, speziell auf verwaltungstechnischem Gebiet, ein Entgegenkommen der französischen Regierung und entwarf einen Tumult in der Versammlung, als er ein Eingehen auf die Elsaß-Lothringischen Wünsche in der Frage der Gesetzgebung verlangte.

In der Abstimmung über den von Grumbach im Namen des Zentralkomitees eingebrachten Bericht über die Frage Elsaß-Lothringen wurden 1500 dafür und 48 Stimmen dagegen abgegeben. Der Kongress verlangte über den Bericht von Grumbach hinaus, daß die deutsche Sprache bei Gerichtsverhandlungen in gewissen Fällen zugelassen sein solle.

Starke Einwanderung nach Frankreich.

Paris, 28. Dezember. (W.T.B.) Das Ministerium des Innern veröffentlicht das Ergebnis der im März 1926 vorgenommenen Volkszählung. Danach beläuft sich die zu diesem Zeitpunkt festgestellte Zahl der in Frankreich ansässigen Personen auf 40 740 000, davon 38 245 000 Franzosen und 2 495 000 Ausländer. Bei der vorausgegangenen Volkszählung am 5. März 1921 war die Zahl der in Frankreich wohnhaften Personen mit 39 209 666 festgestellt worden. Von dem Bevölkerungszuwachs von rund einhalb Millionen Einwohnern entfallen etwa eine halbe Million auf die Franzosen und mehr als eine Million auf die Ausländer.

Das am dichtesten bevölkerte Departement, das der Seine, wird von 4 630 000 Personen bewohnt, davon 4 200 000 Franzosen und 430 000 Ausländer.

Gegen die unregelmäßige Einwanderung.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der gestrige zweite Tag des Kongresses der Liga für Menschenrechte hat sich mit der Frage der Ausländer in Frankreich befaßt. Mehrere Redner verlangten die Regelung der Einwanderung in Frankreich ähnlich derjenigen in den Vereinigten Staaten, da Frankreich das zweite Einwanderungsland nach den Vereinigten Staaten darstelle und die Einwanderung keinerlei gesetzlichen Formalitäten unterworfen sei. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die Schaffung eines Naturalisations- und eines Einwanderungsamtes in Frankreich vorsieht.

Dann ging der Kongress zur Diskussion der Gefahren des Faschismus über. Er beschloß endlich, den nächsten Kongress am 14. Juli in Paris abzuhalten.

Um die Erledigung der Restpunkte.

Paris, 28. Oktober. (W.T.B.) Die in der französischen Presse verbreitete Nachricht, General von Pawelz habe einen Brief an den Vorsitzenden des Interalliierten Militärkomitees in Versailles, Marshall Foch, gerichtet, kann als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet werden. Dagegen kann berichtet werden, daß alle Fragen, die sich auf die Entwaffnung beziehen und die mit der Vorkonferenzkonferenz zu regeln waren, bis auf die zwei kritischen Fragen betreffend die östlichen Besetzungen und das Kriegsmaterial geregelt sind, und daß ein amtlicher Notenaustausch hierüber schon erfolgt ist und zum Teil im Augenblick durchgeführt wird.

General von Pawelz wird in den ersten Januartagen in Paris eintreffen und die Verhandlungen mit den militärischen Sachverständigen und mit der Vorkonferenzkonferenz über die beiden noch zu erledigenden Fragen fortsetzen. In französischen beteiligten Kreisen nimmt man an, daß eine Einigung über diese beiden Punkte mit der Vorkonferenzkonferenz bis zu dem festgesetzten Termin, dem 31. Januar, erfolgen kann, so daß der Vorkonferenzrat jedenfalls keine Veranlassung haben wird, sich hiermit zu beschäftigen.

England drängt auf Schuldenregelung.

Frankreich soll endlich ratifizieren.

London, 28. Dezember. (W.T.B.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Der erhebliche Rückgang in den Einnahmen des Landes (durch die Folgen der Bergarbeiterausperrung) zwingt das britische Schatzamt dazu, eine festere Haltung als bisher gegenüber den Regierungen einzunehmen, die bisher ihre Schulden an England nicht fundiert haben. Churchill hat seinen letzten Besuch in Paris dazu benutzt, Poincaré aufzufuchen und informell und distinkt anzudeuten, daß Großbritannien eine baldige Ratifizierung des Abkommens zwischen Churchill und Caillois vom Jahre 1923 durch Frankreich erwarte. Es hat sich aber als unmöglich herausgestellt, Poincaré zu einer endgültigen Antwort zu veranlassen.

Weiter hofft man in London, daß Belgrad, nachdem jetzt eine neue Regierung in Jugoslawien am Ruder ist, nunmehr ernstlich an Fundierungsverhandlungen herangehen werde. Die Verhandlungen mit Griechenland machen keine Fortschritte. Was die Portugiesen anbetrifft, deren Delegation jetzt hier eingetroffen ist, so rechnen sie anscheinend auf Annulierung von etwa 75 Proz. ihrer Schulden.

Opfer der Glätte.

Ueber 50 Personen verletzt. — Das rettende Glätteis.

Etwas unerwartet ist über Nacht Tauwetter eingetreten. Während das Thermometer noch gegen 1 Uhr Temperaturen unter 0 Grad anzeigte, stieg die Quecksilbersäule wenige Stunden später über den Gefrierpunkt. Ein feiner Sprühregen rieselte hernieder. Die Risse des Erdbodens verwandelte Straßen und Bürgersteige in spiegelglatte Flächen.

Als heute früh Arbeiter und Angestellte zu ihren Arbeitsstätten gingen, mußten sie das schönste Glätteis überwinden. Eine große Zahl von Stürzen ereignete sich schon in den frühesten Morgenstunden. Auf den Rettungswegen wurden fortlaufend Verletzte eingeliefert, die ein Opfer der Glätte geworden waren und sich erhebliche Verletzungen zugezogen hatten. Allein auf der Rettungsweg in der Bad- und Winststraße und in der Kaiser-Friedrich-Straße zu Charlottenburg wurden je sechs Verunglückte behandelt, die Arm-, Beinbrüche, Kopfverletzungen und ähnliches erlitten hatten. Auch auf allen übrigen Rettungswegen wurden „Glätteopfer“ mit mehr oder minder schweren Verletzungen behandelt. Im Westender Krankenhaus fanden vier, im Krankenhaus am Friedriehshain drei und im Elisabeth-Krankenhaus zwei Personen Aufnahme, die sich schwere Brüche zugezogen hatten. Ingesamt nahmen bis in die Mittagsstunden etwa 50 Personen die Hilfe der Rettungswegen in Anspruch. Hinzukommen noch zahlreiche Verunglückte, die sich in privatärztliche Behandlung begaben. Auch die Feuerwehr mußte wiederholt eingreifen, um zu Fall gekommene Pferde auszuräumen und durch die Glätte entstandene Verkehrsbehinderungen zu beseitigen. Im Tiergarten fuhr ein Kraftwagen infolge der Glätte gegen einen Baum.

Der Fahrgast und der Chauffeur wurden erheblich verletzt und in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Wenn auch der Winterunfall etwas überraschend gekommen ist, kann den Hauseigentümern der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie zu dem größten Teil ihrer Steuerpflicht nicht nachgekommen sind. Von allen Seiten wird dieser Mangel bemängelt. Es muß dringend an die polizeiliche Streuvorschrift erinnert werden, die bei Nichtbeachtung erhebliche Geldstrafen voraussetzt.

Die Glätte, die heute in den frühen Morgenstunden vielen Menschen sehr übel mißfiel, kam einem Hühnerdieb in Niederschöneweide höchst gelegen. Ein Polizeioberwachmeister vom 234. Revier beobachtete um 5 Uhr einen Mann, der mit einem schweren Kufsaß beladen nach dem Bahnhof Niederschöneweide zu ging. Als er ihn stellen wollte, um den Saß zu untersuchen, warf ihn der Verdächtige ihm vor die Füße, drehte sich um und lief davon. Bei der Glätte kam der Beamte zu Fall, gab aber noch ein paar Schüsse hinter dem Fliehenden her ab. Dieser schrie auf, muß also wohl getroffen worden sein. Trotzdem aber lief er weiter und entkam. Der Saß enthielt 10 frisch geschlachtete Hühner und ein Kaninchen. Die Kriminalpolizei des Reviers stellt fest, daß bei einem Direktor der Ruhneimacher Fabrik 20 Hühner und mehrere Kaninchen im Stall abgeschlachtet und gestohlen worden waren. Entweder hat der entkommene Dieb einen Teil der Beute schon vorher weggeschafft oder die ganze Beute mit einem auch noch unbekanntem Helfershelfer geteilt. Wahrscheinlich wird sich der Entkommene irgendwo verborgen haben. Mitteilungen an die Kriminalpolizei im Berliner Polizeipräsidium oder auf dem 234. Revier.

Der schadhafte Ofen.

Feuer in drei Stockwerken.

Schwere Arbeit hatte die Feuerwehr heute früh um 1/6 Uhr in der Beuthstraße 15 zu bewältigen. Im dritten Stockwerk des Seitenflügels war Feuer ausgebrochen, das sich in kurzer Zeit durch die Decken bis zur ersten Etage durchschlug.

Im Seitenflügel des genannten Grundstücks sind hauptsächlich Geschäftsräume. Hausbewohner nahmen kurz vor 1/6 Uhr starken Brandgeruch und einen Feuerchein wahr. Die Feuerwehr wurde herbeigerufen, die unter Leitung des Baurats Meuser erschien. Ueber die völlig verkalten Treppen drangen die Löschmannschaften, mit Rauchschutzhelmen versehen, zur dritten Etage vor. Die Türen wurden aufgeschlagen, der Raum, in dem eine Schirmfabrik untergebracht ist, war ausgebrannt. Das Feuer hatte bereits die Decken zum zweiten und ersten Stock, in dem sich eine Knopffabrik und ein Rechtsanwaltsbüro befanden, durchgegriffen. Es wurde aus mehreren Schlauchleitungen längere Zeit Wasser gegeben. Zum Glück befanden sich in allen von dem Feuer erfaßten Räumen nur wenig brennbare Sachen, die Folgen wären in anderen Fällen unübersehbar gewesen. Als weiterer Glücksstand ist anzupreisen, daß das Feuer nicht nach dem vierten Stockwerk übergriff, wo sich die Postverwaltung befindet. Erst um 1/10 Uhr vormittags, also nach ziemlich voreinhalbständiger Tätigkeit, rückte die Feuerwehr ab. Die Entstehungsursache ist wahrscheinlich ein schadhafter Ofen, aus dem glimmende Kohlenstücke fielen und einen davorliegenden kleinen Pfechtöhlvorrat in Brand setzten.

Das Metropol-Theater unter Geschäftsaufsicht.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist unmittelbar vor Weihnachten auf Antrag der Metropol-Theater-Aktiengesellschaft die Geschäftsaufsicht über das Unternehmen verhängt worden. Wie erfahren hierzu, daß es sich hierbei angeblich nur um eine kurzfristige, auf einige Wochen berechnete Maßnahme zur Sicherung der Vermögensschaften der Gesellschaft handeln soll, und daß die Aufsicht besteht, daß die finanziellen Schwierigkeiten in den nächsten Monaten, wohl auch dank des Erfolges der neuen Kalman-Operette, behoben sein werden. Die Hauptschuld an der jetzigen trübsamen Lage der beliebten Bühne soll neben dem schlechten Geschäftsgang in dem jetzt abgelaufenen Jahre ein mit der Stadt Berlin um Hauszinssteuerbeträge von einigen 100 000 Mark geführter Prozeß tragen, den das Metropol-Theater verloren hat.

Värmiszene beim Emdenfilm.

Bei der Vorführung des „Emden“-Films im Emella-Palast am Kurfürstendamm 68 kam es am gestrigen Montagabend zum Ende der Vorführung gegen 11 Uhr zu stürmischen Värmiszenen, die schließlich vor dem Filmtheater zu einer ernstlichen politischen Schlägerei ausarteten und das Eingreifen der Polizei notwendig machten. Die Zwischenfälle wurden dadurch verursacht, daß drei junge Leute heftige Protestrufe erheben ließen, als gegen Ende des Films das Bild der neuen Emden sichtbar wurde, die die schwarz-weiße rote Flagge hieß, während die Begleitorchester das „Ständchen“ intonierte. Die Protestierenden riefen u. a.: „Wo bleibt die Gerechtigkeit?“, und es entstand schließlich eine Kontroverse mit einem Nationalisten, der die junge Leute beschimpfte und u. a. „Lausebengels“ nannte. Der Streit und die politischen Auseinandersetzungen fanden vor dem Theater ihre Fortsetzung und es entwickelte sich schließlich zwischen den Streitenden eine Schlägerei. Die Polizei mußte eingreifen und zehn Personen nach der Rommelswache zur Feststellung der Personalleisten bringen. Die Schlägerei auf dem Kurfürstendamm hatte eine riesige Menschenmenge herbeigelockt, die gleichfalls von der Polizei zerstreut werden mußte. Zu weiteren Zwischenfällen ist es dann nicht mehr gekommen.

Zu den Zwischenfällen bei der Vorführung des Emden-Films erfahren wir noch von der Zeitung des Emella-Palastes, daß von der Münchener Direktion der Emella-Filmgesellschaft die Anordnung getroffen war, daß beim Hissen der Flagge auf der neuen Emden auf der Weinwand von dem Orchester das „Ständchen“ gespielt werden müsse. Die Berliner Zeitung hatte sich, weil sie auf Grund dieser Anordnung Zwischenfälle bei der Vorführung des Films befürchtete, nach München gewandt, um eine Aufhebung dieser Anordnung und eine Änderung des Films, d. h. eine Beseitigung der Flaggenhissung zu erreichen. Von München her kam aber die Weisung, daß das „Ständchen“ gespielt und der Film unverfälscht laufen müsse. Infolge der gestrigen Zwischenfälle soll nun, wie wir hören, das „Ständchen“ nicht mehr gespielt und der Film in verkürzter Form vorgeführt werden. Eine Maßnahme, zu der sich die Direktion schon lange hätte entschließen müssen, da es ihr ja nicht unbekannt war, daß sich das Berliner Publikum nicht nur aus Schwarzweihrot zusammensetzt.

Kleingärtner Weihnachten. In den Pharusjalen, Müllerstraße, feierten die Kleingärtner der Kolonie „Schillerhöhe“ Weihnachten. Sämtliche Kolonisten mit Familie waren erschienen. Weihnachtslieder, vom Chor der Kolonisten gesungen, leiteten die Feier ein. Dann kam ein Weihnachtsspiel, dargestellt von Kindern der Kleingärtner, vom Weihnachtsfest des armen Kindes, das ara umhergehet wird und schließlich doch bei guten Menschen ein schönes Weihnachtsfest erleben darf. Darauf sang der Männerchor „Weihnachtslieder“. Zum Schluß folgte die Bescherung von 400 Kindern. An endlosen Gabentischen waren all die nützlichen und süßen Dinge aufgebaut, darunter Spielsachen, zum

Teil mit unendlichem Fleiß und viel Liebe selbst zusammengezimmert. Die Musik spielte dann fröhliche Weisen, und man sah noch lange gemütlich beisammen.

Gegen den Silvesterunflug.

Polizeiliche Maßnahmen zur Einschränkung.

Der Polizeipräsident teilt mit: In den letzten Jahren hat sich in steigendem Maße die Unsitte eingebürgert, in der Silvesternacht auf Straßen und Plätzen Feuerwerkskörper abzubrennen. Hierdurch sind ständig zahlreiche Unfälle verursacht worden. Es wird daher im Hinblick auf den bevorstehenden Silvestertag darauf hingewiesen, daß das Abbrennen von Feuerwerkskörpern auf Straßen und Plätzen, aus Festern und auf Balkonen nach § 144 der Straßenpolizeiverordnung vom 25. Januar 1917 verboten und strafbar ist. Da vor allem auch Jugendliche mit Feuerwerkskörpern vielfach leichtsinnig umgehen, wird allen Aufsichts- und Erziehungsberechtigten hierdurch besonders nahegelegt, diesem gefährlichen Treiben der Jugendlichen ihre Aufmerksamkeit zu schenken und dagegen einzuschreiten. Der Straßenaufsichtsdienst der Schutzpolizei wird in diesem Jahre durch umfangreiche kriminalpolizeiliche Streifen verstärkt werden. Die Beamten haben Anweisung erhalten, gegen den Unflug Feuerwerkskörper in der Silvesternacht abzubrennen, unachtsamlich einzuschreiten.

Ueber die Maßnahmen der Polizei in der Silvesternacht erfahren wir, daß die Polizei selbstverständlich dem besonderen Anlaß durchaus Rechnung tragen und auch, soweit es mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vereinbar ist, den harmlosen Neugierigen der Lebensfreude und eines fröhlichen Lebensmutes keine engen Schranken ziehen wird, daß aber andererseits Ausschreitungen in der Silvesternacht unbedingt verhindert werden müssen. Zu diesem Zweck wird der polizeiliche Straßendienst wesentlich verstärkt und insbesondere von Kraftwagen- und Kabelfahrstreifen ausgiebig Gebrauch gemacht werden. Für den besonderen Schutz des Banalkreises sind entsprechende Maßnahmen getroffen worden, vor allen Dingen wird darauf geachtet werden, daß die Straßendämme für den Verkehr freigehalten werden. Ansammlungen werden zerstreut. Gegen den Unflug des Abbrennens von Feuerwerkskörpern und gegen Rußaufsprühungen auf den Straßen wird in jedem Falle unachtsamlich eingeschritten. Auch den gemeinschaftlichen Unflug Feuerwerkskörper aus Wohnungen auf die Straße zu werfen, durch den in der vorigen Silvesternacht zahlreiche Personen zu Schaden gekommen sind, wird die Polizei mit allen Mitteln unterdrücken. Schließlich wird die Polizei ihr Augenmerk darauf richten, daß Zusammenstöße verschiedener politischer Organisationen unter allen Umständen verhindert werden.

Der rasende Liebhaber.

Eine lurchbare Eifersuchtsragdibie spielte sich heute vormittag gegen 1/10 Uhr in dem Hause Liebenwalder Straße 34 ab. Der 33jährige Konditor Walter Schmidt, der in der Kirchstraße 2 in Roßau wohnt, gab auf seine frühere Verlobte, die 35 Jahre alte Elise Hoffmann aus einer Mehrladepistole drei Schüsse ab und jagte sich selbst eine Kugel in die Schläfe. Der Täter war mit Fräulein Schmidt längere Zeit verlobt. Das Verhältnis war in letzter Zeit sehr getrübt; die Verlobte schien ihre Gunst einem anderen Verehrer zugewandt zu haben. Das Zerwürfnis spitzte sich so zu, daß es vor etwa 14 Tagen zu einer Entlobung kam. Schmidt, dem die Angelegenheit sehr zu Herzen ging, suchte wiederholt eine Ausöhnung herbeizuführen. Er hatte jedoch keinen Erfolg. Auch heute vormittag erklärten er wieder bei seiner früheren Verlobten, die in der Liebenwalder Straße 34, Ecke Hennigsdorfer Straße, ein Zigarrengeschäft hat. Wieder verlor er sich. Fräulein H. umzustimmen. Als sie auch jetzt wieder bei ihrer Weigerung verbarnte, geriet Sch. in maßlose Erregung, zog eine Mehrladepistole hervor und gab die Schüsse auf sie ab. Einer kräftigen Brust, ein anderer die Hüfte, der dritte blieb im Oberschenkel stecken. Schwere Verletzung brach die Betroffenen zusammen. Dann richtete der Täter die Waffe gegen sich selbst. Er war sofort tot. Fräulein H. wurde in das Bismarck-Krankenhaus gebracht; an ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Eine zehnköpfige Familie ermordet.

Auf einem Gut in der Nähe von Harwell wurden nach einer Meldung aus London der Gutbesitzer George Jassell und seine Gattin im großen Saale des Herrenhauses ermordet ausgefunden. Kurz darauf wurden in einem Schuppen die Leichen der acht Kinder des Ehepaares entdeckt. Alle zehn Leichen wiesen deutliche Würgemarle auf. Man glaubt, daß der Schwiegervater des Gutbesitzers der Urheber der schrecklichen Tat ist.

Standung eines deutschen Frachtdampfers. Der große Frachtdampfer „Eise Schulze“ aus Emden ist, nach einer Meldung aus Ostlo, am Auslauf des Trondhjemfjordes gestrandet. Die Besatzung ist von Bord gegangen. Es ist zweifelhaft, ob das Schiff zu retten ist. Zwei Bergungsdampfer sind an die Strandungsstelle abgegangen. Die „Eise Schulze“ war in Ballast von Rotterdam nach Narvik unterwegs, um Erz zu laden.

Sechs Millionen für das Begräbnis des Mikado. Die japanische Regierung fordert in einer Vorlage an das Parlament rund 6 Millionen Mark zur Bestreitung der Kosten für die Begräbnisfeierlichkeiten des verstorbenen Mikado.

